

Pressemitteilung



DPoIG
DEUTSCHE POLIZEIGEWERKSCHAFT
im dbb

Landesverband Thüringen

Landesgeschäftsstelle

Schwerborner Straße 33
99086 Erfurt

Telefon (0361) 7 39 72 51
Telefax (0361) 7 39 72 55
dpolg@dpolg-thueringen.de
www.dpolg-thueringen.de

Erfurt, 08.11.2013

Resolution der Delegierten des 7. Landesdelegiertentages der deutschen Polizei
Gewerkschaft Thüringen e.V.

Schluss mit Stellenabbau und Wiedereinführung der Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeilage

Die Delegierten des 7. Landesdelegiertentages der DPoIG Thüringen e.V. erklären:

Wie fordern die Landesregierung auf, ihre jüngste Erklärung zum weiteren Stellenabbau zurückzunehmen und den Stellenabbau bei der Thüringer Polizei zu stoppen.

Im Interesse der Thüringer Bürgerinnen und Bürger lassen wir insbesondere keine weiteren Einschnitte in die innere Sicherheit des Freistaates zu und fordern eine Erhöhung der Einstellungszahlen für Polizeibeamte und Tarifbeschäftigte.

Wir fordern die Wiedereinführung der Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage.

Für 40 und mehr Jahre Polizeidienst ist die Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage selbstverständlich, aber für unsere Politiker nicht. Deshalb sollen erworbene Ansprüche für einen aufopferungsvollen Dienst auch den Polizeibeamten zu gute kommen.

Wir fordern eine moderne leistungsbezogene und durchlässige Laufbahnregelung.

In der Polizeiverwaltung muss eine moderne Laufbahnausrichtung im Beamtenrecht geschaffen werden. Diese sollte bei allen Beamten des Freistaates Thüringen sich an einer leistungsbezogenen und durchlässigen Wertung orientieren.

Wir fordern den Stopp der weiteren Belastung unserer Kolleginnen und Kollegen durch immer neue Eigenbeteiligungen bei der Beihilfe.

Die Polizeibeamten in Thüringen haben nicht wie in anderen Bundesländern eine Freie Heilfürsorge und müssen ihren monatlichen Beitrag in eine private Krankenversicherung leisten. Einen bestimmten Anteil trägt der Staat durch die Beihilfe. Genau hier wird immer mehr Eigenanteil abverlangt.

Der Beamte ist nicht das Sparschwein zur Sanierung des Landeshaushaltes.

Wir nehmen den rapiden Stellenabbau nicht länger hin!